

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Verschwundene Migranten in Berlin – Kinder und Jugendliche schützen, Menschenhandel stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- 1 eine systematische und fortlaufende statistische Erfassung über das Verschwinden von Bewohnern aus sämtlichen Berliner Gemeinschafts- und Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete einzuführen, aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht, Herkunftsland und Einrichtung;
- 2 insbesondere den Verbleib verschwundener minderjähriger Migranten, einschließlich unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA), lückenlos zu dokumentieren und nachzuverfolgen;
- 3 sicherzustellen, dass in jedem Fall des Verschwindens eines minderjährigen Bewohners aus einer Aufnahmeeinrichtung unverzüglich eine Vermisstenanzeige erstattet wird und polizeiliche Ermittlungen eingeleitet werden, wobei grundsätzlich von einer Gefährdung für Leib und Leben auszugehen ist;
- 4 die Zusammenarbeit des Berliner Landeskriminalamtes mit dem Bundeskriminalamt sowie mit Europol und Interpol bei der Aufklärung des Verbleibs verschwundener minderjähriger Migranten systematisch zu intensivieren, insbesondere im Hinblick auf mögliche Strukturen des Menschenhandels und der Ausbeutung;
- 5 dem Abgeordnetenhaus erstmalig zum 31. Dezember 2026 und anschließend jährlich einen Bericht über die Anzahl und den Verbleib verschwundener Migranten aus Berliner Aufnahmeeinrichtungen vorzulegen, mit besonderem Fokus auf Kinder und Jugendliche.

Begründung

Im Januar 2026 wurde durch einen Whistleblower öffentlich bekannt, dass aus den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) in Rheinland-Pfalz innerhalb von anderthalb Jahren 923 Asylsuchende spurlos verschwunden sind – bei insgesamt 10.120 aufgenommenen Personen entspricht dies einer Quote von rund 9,1 Prozent.¹ Ein Sicherheitsmitarbeiter hatte interne Daten über vermisste Personen aus der Einrichtung in Bitburg per E-Mail an Landtagsabgeordnete und die zuständige Aufsichtsbehörde weitergeleitet. Anstatt die Missstände zu beheben, wurde gegen den Whistleblower Strafanzeige erstattet und er wurde vom Dienst freigestellt.²

Der Berliner Senat wurde durch den Antragsteller in zwei Schriftlichen Anfragen zu vergleichbaren Vorgängen in Berlin befragt. Auf die Frage, wie viele Migranten aus Berliner Aufnahmeeinrichtungen verschwunden seien, räumte der Senat in seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage Drs. 19/24944 ein, dass eine statistische Erhebung im Sinne der Anfrage nicht stattfinde und entsprechende Zahlen nicht ermittelt werden könnten.³ Ferner erklärte der Senat, dass das Verschwinden einer ausländischen Person aus einer zugewiesenen Aufnahmeeinrichtung für sich allein kein Sicherheitsproblem begründe.⁴

Auch auf die nachfolgende Anfrage Drs. 19/25164 zu verschwundenen Kindern und Jugendlichen aus Aufnahmeeinrichtungen konnte der Senat keine Zahlen vorlegen. Auf die Frage, wie viele Kinder und Jugendliche in den letzten zehn Jahren als vermisst gemeldet worden seien, erklärte der Senat, dass statistische Daten im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar seien.⁵ Dasselbe gelte für die Zahl verschwundener unbegleiteter minderjähriger Migranten – auch diese Daten seien nicht valide recherchierbar.⁶

Das Verschwinden unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter ist ein europäisches Phänomen von alarmierendem Ausmaß. Nach der preisgekrönten Recherche des internationalen Journalistennetzwerks „Lost in Europe“ galten zwischen 2021 und 2023 europaweit mindestens 51.433 unbegleitete minderjährige Migranten nach ihrer Ankunft in staatlicher Obhut als vermisst.⁷ Die Recherche wurde 2024 mit dem Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus des Europäischen Parlaments ausgezeichnet.⁸ Auch im Zuge des Epstein Skandals wird immer ersichtlicher, welche Gefahr für die Gesellschaft in kriminellen Netzwerken, welche sich mit

¹Vgl. Rätselhafte Abgänge in Rheinland-Pfalz: Fast 1.000 Geflüchtete spurlos verschwunden, in: t-online.de, 21.01.2026, abrufbar unter: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_101092354/rheinland-pfalz-fast-1000-gefluechtete-spurlos-verschwunden.html, abgerufen am 18.03.2026.

²Vgl. Whistleblower-Email nach Mainz: Mehrere Dutzend Asylbewerber aus Unterkunft in Bitburg verschwunden – CDU fordert Aufklärung, in: Mainz&, 15.01.2026, abrufbar unter: <https://mainzund.de/whistleblower-email-nach-mainz-mehrere-dutzend-asylbewerber-aus-unterkunft-in-bitburg-verschwunden-cdu-fordert-aufklaerung/>, abgerufen am 18.03.2026.

³Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD), Drs. 19/24944, über Untertauchen von Migranten aus Aufnahmeeinrichtungen in Berlin, Antwort vom 02.02.2026.

⁴Ebd.

⁵Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD), Drs. 19/25164, über Verschwundene Kinder und Jugendliche Migranten aus Gemeinschafts- und Aufnahmeeinrichtungen in Berlin, Antwort vom 22.02.2026.

⁶A.a.O. (Fn. 5).

⁷Vgl. Lost in Europe, More than 50.000 unaccompanied child migrants have gone missing after arriving in Europe, 2024, abrufbar unter: <https://lostineurope.eu/>, abgerufen am 18.03.2026.

⁸Vgl. Daphne-Caruana-Galizia-Preis 2024 für Recherchen zu vermissten Kindermigranten, Europäisches Parlament, Pressemitteilung vom 23.10.2024, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20241018IPR24759/>, abgerufen am 18.03.2026.

dem lukrativen Menschen- und Kinderhandel betätigen, liegt.⁹ In Deutschland wurden allein im Laufe des Jahres 2024 rund 4.300 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge als vermisst gemeldet.¹⁰ Das Bundeskriminalamt weist darauf hin, dass eine genaue Erhebung aufgrund von Mehrfacherfassungen, fehlenden Personalpapieren und mangelnder erkennungsdienstlicher Behandlung erheblich erschwert sei.¹¹

Der Berliner Senat selbst hat in seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage Drs. 19/24944 eingeräumt, dass Migranten, die Aufnahmeeinrichtungen mit unbekanntem Ziel verlassen, einem erhöhten Risiko der illegalen Beschäftigung, Zwangsarbeit und sexuellen Ausbeutung ausgesetzt sein können.¹² Zugleich hat er bestätigt, dass die Einbindung von Europol und Interpol bei der Aufklärung des Verbleibs vermisster Kinder lediglich einzelfallbezogen erfolge und keinem standardisierten Verfahren unterliege.¹³

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehören zu den verletzlichsten Personengruppen in unserer Gesellschaft. Der Staat hat gegenüber diesen Kindern und Jugendlichen eine besondere Schutzverantwortung, die sich aus der UN-Kinderrechtskonvention, dem Grundgesetz sowie dem § 42 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ergibt. Es ist nicht hinnehmbar, dass das Land Berlin über keinerlei belastbare Daten verfügt, wie viele dieser Kinder und Jugendlichen aus Aufnahmeeinrichtungen verschwinden und wo sie sich aufhalten. Ohne eine belastbare Datengrundlage kann der Senat seiner Schutzverantwortung nicht gerecht werden.

Der vorliegende Antrag fordert den Senat daher auf, eine systematische Erfassung und regelmäßige Berichterstattung einzuführen, um ein undokumentiertes Verschwinden insbesondere von minderjährigen Migranten in Berliner Aufnahmeeinrichtungen zu verhindern und die behördenübergreifende Zusammenarbeit bei der Aufklärung von Vermisstenfällen auf ein professionelles Niveau zu heben.

Berlin, 26. März 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Lindemann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion

⁹ Vgl. Dokumentation des Schweizer Fernsehens (SRF), www.srf.ch/news/international/sexueller-kinderhandel-wie-betroffene-von-missbrauch-gegen-sexuelle-ausbeutung-kaempfen; www.arte.tv/de/videos/121620-125-A/epstein-files-macht-geld-und-menschenhandel/, www.nzz.ch/panorama/neue-vorwuerfe-ueber-menschenhandel-und-missbrauch-auf-epsteins-privatinsel-15-jaehrige-versuchte-wegzuschwimmen-ld.1534304.

¹⁰Vgl. Mediendienst Integration, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Zahl und Vermisste, Stand 2025, abrufbar unter: <https://mediendienst-integration.de/fluechtlinge/fluechtlinge-in-deutschland/unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge-zahl-und-vermisste/>, abgerufen am 18.03.2026.

¹¹Vgl. Bundeskriminalamt, Die polizeiliche Bearbeitung von Vermisstenfällen in Deutschland, 2025, Abschnitt zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

¹²A.a.O. (Fn. 3), Antwort zu Frage 4.

¹³A.a.O. (Fn. 5), Antwort zu Frage 4.